

Lügen der BBC über Hurrikan *Melissa*

geschrieben von Chris Frey | 31. Oktober 2025

Paul Homewood, [NOT A LOT OF PEOPLE KNOW THAT](#)

Während wir auf Tageslicht warten, um die Schäden durch den Hurrikan *Melissa* zu begutachten, werde ich diese **unverhohlene Lüge** der BBC nicht unkommentiert lassen:

Is Hurricane *Melissa* more intense due to climate change?



Sarah Keith-Lucas
Weather presenter

The link between human-induced climate change and hurricanes is complex.

Whilst climate change is not thought to increase the number of tropical storms or hurricanes, higher air and sea temperatures can make those that do form more intense, with stronger winds, heavier rainfall and a higher risk of coastal flooding.

The frequency of very intense hurricanes such as *Melissa* is increasing, and will continue to do so as our world warms.

In their latest assessment report, the International Panel on Climate Change (IPCC) concluded that "the proportion of Category 4–5 Tropical Cyclones will very likely increase globally with warming".

A study from World Weather Attribution looking at hurricane *Milton* last year found that climate change made the winds 10% stronger and the rainfall around 20-30% more intense.

Therefore, whilst the direct link between Hurricane *Melissa* and a warmer environment may be studied after the event, it is likely that it has been made wetter and windier by human-induced climate change.

[Quelle: BBC](#)

Hier die Übersetzung der Graphik (Google translate):

Ist Hurrikan Melissa aufgrund des Klimawandels intensiver?



Sarah Keith-Lucas
Wettermoderatorin

Der Zusammenhang zwischen vom Menschen verursachtem Klimawandel und Hurrikamen ist komplex.

Obwohl man nicht davon ausgeht, dass der Klimawandel die Anzahl tropischer Stürme oder Hurrikane erhöht, können höhere Luft- und Meerestemperaturen die entstehenden Stürme intensiver machen, mit stärkeren Winden, heftigeren Regenfällen und einem höheren Risiko von Küstenüberschwemmungen.

Die Häufigkeit sehr intensiver Hurrikane wie Melissa nimmt zu und wird mit der Erwärmung unserer Erde weiter zunehmen.

In ihrem jüngsten Sachstandsbericht kam der Weltklimarat (IPCC) zu dem Schluss, dass „der Anteil tropischer Wirbelstürme der Kategorien 4-5 mit der Erwärmung weltweit sehr wahrscheinlich zunehmen wird“.

Eine Studie von World Weather Attribution, die Hurrikan Milton im letzten Jahr untersuchte, ergab, dass der Klimawandel die Winde um 10 % und die Regenfälle um etwa 20-30 % verstärkt hat

Daher kann zwar der direkte Zusammenhang zwischen Hurrikan Melissa und einer wärmeren Umgebung nach dem Ereignis untersucht werden, es ist jedoch wahrscheinlich, dass er durch den vom Menschen verursachten Klimawandel feuchter und windiger geworden ist

Dies erschien kurz nach dem Eintreffen des Hurrikans in Jamaika im Live-Kommentar der BBC und wurde in späteren Updates mehrfach verlinkt.

Ich beziehe mich auf folgenden Kommentar:

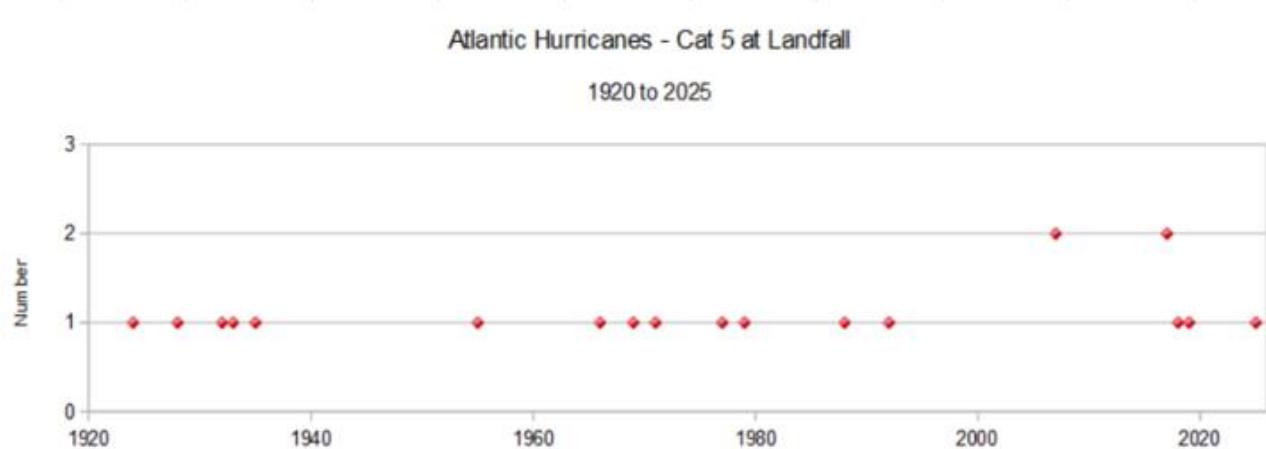
Die Häufigkeit sehr intensiver Hurrikane wie Melissa nimmt zu.

Das ist schlichtweg nicht wahr.

Es ist unmöglich, die heutigen Hurrikandaten genau mit Ereignissen aus der Zeit vor der Satellitentechnik zu vergleichen, als viele Hurrikane mitten im Ozean übersehen worden sind.

Aber wie Hurrikanexperten immer wieder betonen, kann man Trends anhand von Stürmen messen, die auf Land getroffen sind und für deren Aufzeichnung keine Satelliten oder Hurricane-Hunter-Flugzeuge erforderlich waren.

Nachstehend finden Sie die Bewertung der NOAA aller Atlantik-Hurrikane, die als Kategorie 5 auf Land getroffen sind:



[Quelle: Wikipedia](#)

Ich sehe keine Beweise, welche die Behauptung der BBC stützen. Einschließlich Melissa gab es seit 1992 sieben Hurrikane der Kategorie Andrew. Seit dem ersten im Jahr 1924 gab es insgesamt 20.

Denken Sie auch daran, dass die NOAA wiederholt betont hat, dass es „keine eindeutigen Beweise für einen Anstieg der Häufigkeit schwerer Hurrikane im Maßstab von Jahrhunderten“ gibt:

- There is [no strong evidence of century-scale increasing trends](#) in U.S. landfalling hurricanes or major hurricanes. Similarly for Atlantic *basin-wide* hurricane frequency (after adjusting for changing observing capabilities over time), there is not strong evidence for an increase since the late 1800s in hurricanes, major hurricanes, or the proportion of hurricanes that reach major hurricane intensity.

[Quelle: NOAA](#)

Übersetzung der Graphik (Google translate):

▷ Es gibt keine eindeutigen Belege für einen jahrhundertelangen Anstieg der Anzahl von Hurikanen, die auf US-amerikanisches Festland treffen, oder von schweren Hurikanen. Auch für die Hurikanhäufigkeit im gesamten Atlantikbecken (nach Berücksichtigung der sich im Laufe der Zeit verändernden Beobachtungsmöglichkeiten) gibt es keine eindeutigen Belege für einen Anstieg seit dem späten 19. Jahrhundert, weder bei Hurikanen noch bei schweren Hurikanen oder dem Anteil der Hurikane, die die Intensität eines schweren Hurrikans erreichen.

Es ist verachtenswert, dass die BBC bewusst Propaganda zum Thema globale Erwärmung betreibt, während ein Hurrikan gerade ein Land verwüstet. Noch schlimmer ist es, dass sie nicht einmal die Fakten richtig wiedergeben.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/10/29/bbc-lie-about-hurricane-melissa/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Länder drehen Däumchen über Klimaziele, während die Globalistenparty näher rückt

geschrieben von Andreas Demmig | 31. Oktober 2025

Audrey Streb, DCNF-Energiereporterin, 27. Oktober 2025
Über 100 Länder haben die Frist zur Bestätigung ihrer Klimaziele vor der UN-Konferenz im November verpasst. Obwohl das Pariser Abkommen die Länder zu ehrgeizigeren Klimazielern verpflichtet, haben viele ihre national festgelegten Beiträge (NDCs) kurz vor der COP30 noch nicht aktualisiert.

Die Welt ist des nicht-nachhaltigen Klima-Nachhaltigkeit-Gesetzes zunehmend überdrüssig

geschrieben von Chris Frey | 31. Oktober 2025

Pierre Gosselin

Einführung des Übersetzers: Diesen Beitrag hat Pierre Gosselin von der deutschen Website [Blackout News](#) übernommen, ins Englische übersetzt und bei WUWT gepostet. Da er dabei jedoch eine gute Zusammenfassung geschrieben hat, wird diese Zusammenfassung hier von WUWT übersetzt. Wörtliche Passagen werden jedoch ohne Rückübersetzung übernommen.

Die deutsche Online-Plattform Blackout News berichtet über eine sich anbahnende Konfrontation: Die USA und Katar drohen der EU mit einer Unterbrechung der LNG-Lieferungen aufgrund des neuen Nachhaltigkeitsgesetzes.

Das Bestreben der Europäischen Union nach strengeren Umweltstandards steht nun in direktem Konflikt mit ihrem Bedürfnis nach Energiesicherheit.

Die beiden größten Lieferanten von Flüssigerdgas (LNG) der EU, die Vereinigten Staaten und Katar, haben eine deutliche Warnung ausgesprochen und drohen, wichtige Gaslieferungen aufgrund des von der EU vorgeschlagenen Nachhaltigkeitsgesetzes einzustellen.

EU Sustainability Legislation:

A guide to obligations,
implementation
and interoperability for
businesses

Supported by:



May 2025

on the basis of a decision
by the German Bundestag

Europas Leitfaden zur Vertreibung der Industrie aus der EU

Das Kernproblem ist das neue Lieferkettengesetz der EU. Dieses Gesetz soll Unternehmen dazu zwingen, ihre globalen Lieferketten auf Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen und nachzuweisen, wie sie ihre Emissionen bis 2050 an die Ziele des Pariser Abkommens anpassen wollen.

Es ist die immer irrelevanter werdende Art Europas, vom Rest der Welt zu verlangen, dass er tut, was es sagt. Die Nichteinhaltung könnte zu schweren Strafen für Unternehmen führen, die bis zu 5 % des weltweiten Jahresumsatzes betragen können. Aber der Rest der Welt ist bereit, dies hinzunehmen.

Strenge Nachhaltigkeits-Direktive

Die europäische Richtlinie zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen im

Bereich Nachhaltigkeit (CS3D) ist ein Verordnungsvorschlag, der darauf abzielt, Unternehmen für ihre Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zur Rechenschaft zu ziehen. Kurz gesagt verlangt sie von Unternehmen, 1) ihre globalen Lieferketten zu überprüfen, um negative Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt zu identifizieren, zu verhindern und zu mindern, und 2) darzulegen, wie sie ihre Emissionen bis 2050 mit den Klimazielen des Pariser Abkommens in Einklang bringen wollen.

Sowohl Washington als auch Doha betrachten die Verordnung jedoch als schädlichen Eingriff in den freien Handel und als Risiko für die Energieversorgung Europas. Sie haben davor gewarnt, dass die derzeitige Form des Gesetzes zu einem empfindlichen Verlust der Energiesicherheit für den Kontinent führen könnte.

Es hat bereits eine Massenabwanderung der Industrie aus Deutschland gegeben, sind doch die politischen Entscheidungsträger weiterhin in Klimaschutz-Phantastereien verheddert.

Ultimatum der wichtigsten Energie-Partner

Der Energieminister von Katar, Saad Sherida Al-Kaabi, erklärte, dass der nationale Energieriese QatarEnergy sich einfach aus dem europäischen Markt zurückziehen könnte, wenn die Gesetzgebung in ihrer jetzigen Form umgesetzt wird, und bezeichnete die möglichen Strafen als „inakzeptabel“. Dieser Schritt würde die Energieversorgung Europas ernsthaft belasten, insbesondere da die EU bis 2027 vollständig aus russischem Gas aussteigen will.

Auch die USA werden sich die Einmischung und die Androhung von Strafen nicht gefallen lassen. Der US-Energieminister warnt, dass die Verordnung die transatlantische Energiepartnerschaft 2020 gefährden und „Investitionen“ in den Partnerländern beeinträchtigen könnte, was möglicherweise die Versorgung mit amerikanischem Flüssigerdgas gefährden würde.

Europa wird wahrscheinlich blockieren und Zeit schinden.

Die EU steht nun vor einem schwierigen Balanceakt. Der Gesetzesvorschlag ist für die Einhaltung der globalen Klimaziele der Union von entscheidender Bedeutung, doch seine Umsetzung würde eine schwere Energiekrise und Handelskonflikte mit ihren wichtigsten Energiepartnern auslösen. Der Druck innerhalb Europas wächst, und wichtige Politiker fordern Berichten zufolge eine Verschiebung der Einführung des Gesetzes, um die fragile Energiesicherheit zu gewährleisten. In den kommenden Wochen wird sich zeigen, ob Brüssel diese komplexe Situation meistern kann, ohne entweder seine Klimaziele oder seine Energiestabilität zu opfern.

Die Strategie Europas wird wahrscheinlich darin bestehen, abzuwarten und zu hoffen, dass die Demokraten in den nächsten Wahlzyklen wieder an die

Macht kommen.

Der wesentlich ausführlichere Artikel in deutscher Sprache steht bei [Blackout News hier](#).

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/10/29/world-getting-fed-up-with-europes-unsustainable-climate-sustainability-act/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Studie: Der Ausbau von Wind- und Solarenergie für Net Zero erfordert enorme Flächen

geschrieben von Chris Frey | 31. Oktober 2025

H. Sterling Burnett

Eine neue in der Fachzeitschrift Nature veröffentlicht Studie bestätigt, was das Heartland Institute und unsere Verbündeten in der marktwirtschaftlichen Umweltbewegung seit langem behaupten: **Wind- und Solarenergie haben eine geringe Leistungsdichte und verursachen daher extreme Umweltbelastungen**. Die neue Studie bestätigt, dass die Umweltbelastung durch Wind- und Solarenergie sogar noch größer ist als von den Befürwortern der Branche zugegeben. Um mit Wind- und Solarenergie als primären Stromquellen Netto-Null zu erreichen, müsste daher eine große Fläche an landwirtschaftlichen Nutzflächen und Wildnisgebieten in industrielle Kraftwerksstandorte umgewandelt werden.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Der Bericht von Forschern des Pacific Northwest National Laboratory des US-Energieministeriums im Bundesstaat Washington kam zu dem Ergebnis, dass ein Szenario mit einem hohen Anteil „erneuerbarer“ Energien viel mehr Land erfordert, das zum Großteil in oder in der Nähe von unbebauten oder wilden Gebieten liegt, als ein Plan, der weniger Wind- und Solarenergie in das Stromnetz einbindet. Sie schreiben:

Der Ausbau der Strominfrastruktur in den Vereinigten Staaten zur Deckung des wachsenden Bedarfs könnte je nach der gewählten Zusammensetzung der Erzeugungsarten umfangreiche Flächen für den Bau von Kraftwerken und eine Umnutzung von Flächen erfordern. Um realisierbare und

erschwingliche Investitionen zu identifizieren und den Koordinierungsbedarf bei der regionalen Planung zu bewerten, ist es entscheidend zu verstehen, wo künftige Kraftwerke voraussichtlich entstehen werden, und potenzielle Konflikte und Kompromisse bei der Flächennutzung zu erkennen. Hier verwenden wir einen integrierten Modellierungsrahmen, der Kapazitäts-Erweiterungsplanung, stündlichen Netzbetrieb und georäumliche techno-ökonomische Analysen kombiniert, um Prognosen (2025–2050) für Kraftwerksstandorte im Westen der Vereinigten Staaten (USA) zu entwickeln ... für ein Business-as-usual-Szenario und ein Szenario mit hohem Anteil erneuerbarer Energien. Wir stellen fest, dass im Szenario mit hohem Anteil erneuerbarer Energien 30 % mehr Land benötigt wird als im Business-as-usual-Szenario und dass 75 % dieser Entwicklung voraussichtlich innerhalb von 10 km Entfernung zu Naturgebieten stattfinden werden.

Es ist wichtig zu beachten, dass selbst das Szenario einer Kapazitätserweiterung unter „normalen Bedingungen“ davon ausgeht, dass Wind- und Solarenergie die dominierenden neuen Stromquellen in den Vereinigten Staaten sein werden.

„Die Ergebnisse der Kapazitätserweiterungsanalyse zeigen, dass etwa 85 % der neuen Stromkapazitäten, die bis 2050 im Westen der USA entweder im Rahmen eines Szenarios mit hohem Anteil erneuerbarer Energien oder eines Business-as-usual-Szenarios bereitgestellt werden, aus Solarenergie (PV) und Onshore-Windenergie bestehen werden“, heißt es in der Studie.

Diese Analyse scheint die Tatsache zu ignorieren, dass die Trump-Regierung Wind- und Solarprojekte sowie die Finanzierung der damit verbundenen Infrastruktur und Technologien rasch streicht, während sie neue Kernkraft- und Erdgasprojekte vorantreibt sowie bestehende Kohlekraftwerke weiterbetreibt. Die gesamte Analyse der Forscher scheint davon auszugehen, dass sich der unter Obama begonnene und unter Biden ausgeweitete Trend auch in Zukunft fortsetzen wird, unabhängig von der aktuellen Politik und den Präferenzen von Trumps Nachfolgern als Präsident. Die Präsidentschaftsregierungen nach Trump könnten seine Bemühungen fortsetzen oder ausweiten, anstatt zu der Energiepolitik unter den Netto-Null-Zielen früherer demokratischer Regierungen zurückzukehren.

Abgesehen von diesen fragwürdigen Annahmen und unter Berücksichtigung der angenommenen bestehenden und modellierten Umwelt- und Entwicklungsausnahmen kam die Studie zu dem Ergebnis, dass unter dem Business-as-usual-Szenario (das ich als eine übermäßig hohe, ungerechtfertigte Ausweitung der Wind- und Solarenergie betrachten würde) neue Wind- und Solaranlagen mehr als 23.333 Quadratkilometer (km^2) Land benötigen werden. Und das ist noch das Szenario mit geringer Durchdringung und unveränderten Rahmenbedingungen. Das Szenario mit hohem Wind- und Solaranteil würde zusätzliche 7.000 km^2 Land erfordern. Dabei ist zu beachten, dass dies nicht die indirekten Flächenauswirkungen des Abbaus von Seltenen Erden und kritischen

Mineralien, die für Wind- und Solarenergie benötigt werden, den Abstand zwischen den Modulen oder die für den Ausbau des Übertragungsnetzes benötigte Fläche umfasst. Darüber hinaus umfasst diese Analyse nur den Ausbau im Westen der Vereinigten Staaten, wo die Sonneneinstrahlung und der Wind in einigen Gebieten für die Entwicklung von Wind- und Solarenergie günstiger sind als in anderen Teilen des Landes, in denen ebenfalls steigender Strombedarf besteht.

Allein die Fläche, die für die erwartete Ausweitung der Wind- und Solaranlagen benötigt wird, ist größer als New Jersey und fast so groß wie Connecticut, Delaware und Rhode Island zusammen.

Andere Analysen legen nahe, dass die für Wind- und Solarenergie benötigte Landfläche zum Erreichen der Netto-Null-Ziele sogar noch größer ist. Ein Bericht des Center of the American Experiment vom Juni 2025 kam zu dem Ergebnis, dass die geringe Energiedichte (die Menge an Energie, die pro Volumen oder Masse erzeugt wird, in diesem Fall die Landfläche, die zur Erzeugung von einem Megawatt Strom benötigt wird) bedeutet, dass...

...Windkraftanlagen und Solarzellen pro erzeugter Energieeinheit mindestens zehnmal so viel Land wie Kohle- oder Erdgaskraftwerke benötigen. Um die gleiche Menge Strom zu erzeugen wie ein 1-GW-Kernkraftwerk, das eine Fläche von etwa 1,3 Quadratmeilen einnimmt, wären zwischen 45 und 75 Quadratmeilen Solarzellen oder zwischen 260 und 3.360 Quadratmeilen Windkraftanlagen erforderlich. Letzteres ist größer als die Gesamtfläche von Delaware und Rhode Island zusammen. Würden die USA für ihre Stromversorgung ausschließlich auf Windkraftanlagen setzen, bräuchten sie etwa die doppelte Fläche des Bundesstaates Kalifornien, um genügend Strom für den amerikanischen Bedarf zu erzeugen.

Eine frühere [Analyse](#) des Heartland Institute ergab, dass der Ersatz der 2019 in den Vereinigten Staaten durch fossile Brennstoffe und Kernkraft erzeugten Strommenge (acht Milliarden MWh pro Jahr ohne Berücksichtigung eines Anstiegs der Nachfrage) „durch Solarenergie eine vollständige Abdeckung von 57.048 Quadratmeilen Land – eine Fläche, die der Größe der Bundesstaaten New York und Vermont entspricht – mit 18,8 Milliarden Solarmodulen erfordern würde“. Um die 2019 durch fossile Brennstoffe und Kernkraft erzeugte Energie durch Windenergie zu ersetzen, „wären 2,12 Millionen Turbinen auf einer Fläche von 500.682 Quadratmeilen erforderlich, die aus Ackerland, Wildtierlebensräumen und landschaftlich reizvollen Gebieten bestehen. Dies würde eine Fläche erfordern, die so groß ist wie Arizona, Kalifornien, Nevada, Oregon und ein Großteil von West Virginia zusammen.“

Eine Reihe von Artikeln aus dem Jahr 2023 von Heartland, Energy at a Glance, befasste sich ebenfalls mit den Umweltauswirkungen der neuesten Generation der größten und effizientesten Wind- und Solartechnologien. Dabei wurde festgestellt, dass Solarenergie pro Megawatt erzeugter Elektrizität dreimal so viel Land benötigt wie Kohle, Erdgas oder

Kernkraft, wobei **Solarzellen pro erzeugter Energieeinheit 300-mal so viel giftigen Abfall produzieren wie Kernkraft**. Darüber hinaus „könnnte die Ersetzung der derzeitigen Stromerzeugung durch Windkraft erfordern, dass ein Drittel der Landmasse der USA mit Windkraftanlagen bedeckt wird, und die Elektrifizierung des gesamten Verkehrs würde diese Zahl auf die Hälfte erhöhen“.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Natürlich befasste sich die Nature-Studie nicht mit dem Ersatz des bestehenden Bedarfs, sondern konzentrierte sich stattdessen auf die Deckung der erwarteten Zunahme des Strombedarfs, sodass die darin beschriebene Landfläche zusätzlich zu der Fläche hinzukommt, die zur Ersetzung der bestehenden Stromversorgung aus fossilen Brennstoffen und Kernkraftwerken benötigt wird, die vorzeitig stillgelegt werden, um die Netto-Null-Ziele zu erreichen.

Fazit: Wind- und Solarenergie haben eine geringe Leistungsdichte und benötigen viel Land, um weniger zuverlässigen und teuren Strom zu produzieren als bestehende fossile Brennstoff- und Kernkraftwerke, die effizient und relativ kostengünstig arbeiten. Darüber hinaus funktionieren Wind- und Solarenergie nicht an allen Standorten gut und sind an anderen Standorten gar nicht möglich. Sie erfordern eine konstante, teure und redundante Notstromversorgung, um Schwankungen und Unterbrechungen auszugleichen, und verbrauchen große Mengen an Land auch für neue Übertragungsleitungen.

Vor diesem Hintergrund gibt es keinen Grund, Millionen Hektar Wildtierlebensraum, produktives Ackerland und andere wertvolle Flächen, die für andere produktive Zwecke genutzt werden könnten oder bereits genutzt werden, durch die Installation riesiger industrieller Wind- und Solaranlagen zu zerstören, wenn Netto-Null oder sogar eine erhebliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen, die jedoch nicht Netto-Null erreicht, nicht mehr Teil der Regierungspolitik sind. Da die besten Beweise in Form von harten Daten darauf hindeuten, dass ein katastrophaler Klimawandel weder bevorsteht noch wahrscheinlich ist, war der massive Ausbau von Wind- und Solarenergie niemals gerechtfertigt, der bereits von Politikern erzwungen wurde, die die Gewinne politisch vernetzter Profiteure aus dem Bereich der grünen Energie steigern. Stattdessen untergrub sie die Energieunabhängigkeit und -dominanz der USA und war eine geopolitisch und wirtschaftlich kostspielige Ablenkung vom besten Weg zu zuverlässiger, relativ kostengünstiger Energie: dem Ausbau der nationalen Flotte von fossilen Brennstoff- und Kernkraftwerken.

China, unser wichtigster wirtschaftlicher und geopolitischer Konkurrent, hat dies klar erkannt und den Einsatz fossiler Brennstoffe zur Stromerzeugung ausgeweitet, während es die Vereinigten Staaten und Europa dazu ermutigt hat, die Energiewende voranzutreiben, die uns auf den Weg einer durch CO₂-Einschränkungen bedingten Deindustrialisierung

geführt hat.

Quellen: [Nature](#); [The Heartland Institute](#); [Energy at a Glance: Solar Power and the Environment](#); [Energy at a Glance: Wind Power and the Environment](#)

Link:

<https://heartland.org/opinion/climate-change-weekly-560-study-net-zero-wind-and-solar-buildout-needs-huge-amount-of-land/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Automobilhersteller drosseln EV-Produktion, nachdem Bidens Gratisgeschenke im Sande verlaufen

geschrieben von Chris Frey | 31. Oktober 2025

 DAILY CALLER NEWS FOUNDATION

[Audrey Streb](#) DCNF Energie-Reporterin

Mehrere große Automobilhersteller, darunter General Motors (GM), schlagen laut mehreren Berichten einen neuen Kurs in Bezug auf Elektrofahrzeuge (EVs) ein, nachdem sich die politischen Rahmenbedingungen geändert haben und die Steuergutschriften des Bundes auslaufen.

GM erklärte am Dienstag in einer [Meldung](#) an die Börsenaufsichtsbehörde SEC, dass die „Neubewertung unserer EV-Kapazitäten und Produktionsstandorte“ „fortlaufend“ sei und dass das Unternehmen „aufgrund von Anpassungen unserer EV-Kapazitäten“ eine Buchhaltungsbelastung in Höhe von 1,2 Milliarden US-Dollar verbuchen werde. GM hat kürzlich auch seine Pläne für ein EV-Werk in New York [geändert](#), um dort stattdessen V-8-Motoren zu produzieren, während mehrere andere Automobilhersteller, darunter Stellantis und Ford, ebenfalls kürzlich einige EV-Modelle [gestrichen](#) oder [verzögert](#) haben, arbeiten doch die Trump-Regierung und der Kongress daran, die EV-Vorgaben und Anreize der Biden-Ära zurückzunehmen.

„General Motors hat seine EV-Strategie auf staatliche Subventionen, Vorschriften, gegen die sie sich nicht wehren wollten, und Druck seitens

des ESG-Kartells aufgebaut, nicht auf die Nachfrage der Verbraucher. Jetzt, da Bidens Subventionen versiegen, zeigt die **Marktkorrektur**, wie künstlich diese Nachfrage tatsächlich war“, erklärte Jason Isaac, CEO des American Energy Institute, gegenüber der Daily Caller News Foundation. „Der Vorstoß für Elektrofahrzeuge hat die gesamte Automobilindustrie verzerrt und die Unternehmen dazu gezwungen, politische Gunst zu suchen, anstatt Autos zu bauen, welche die Menschen tatsächlich wollen. Dies ist kein Versagen der Innovation, sondern ein Versagen der zentralen Planung.“

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Die Biden-Regierung förderte Elektrofahrzeuge durch Steuergutschriften und ermöglichte es Kalifornien, de facto eine nationale Vorschrift für Elektrofahrzeuge einzuführen. Der Kongress und Präsident Donald Trump blockierten diese Vorschrift und strichen viele staatliche Anreize für Elektrofahrzeuge, darunter zuletzt die Steuergutschrift in Höhe von 7.500 US-Dollar, die am 30. September auslief.

GM stellte in seiner Meldung vom Dienstag fest, dass es nach den jüngsten politischen Änderungen in den USA, zu denen die „Aufhebung bestimmter Steueranreize für den Kauf von Elektrofahrzeugen und die Lockerung der Emissionsvorschriften“ gehörten, mit einer „Verlangsamung der Akzeptanz von Elektrofahrzeugen“ rechne.

Mehrere Energiepolitik-Experten erklärten zuvor gegenüber der DCNF, dass die unter der Biden-Regierung ausgeweitete und verlängerte **Steuergutschrift** in Höhe von 7.500 US-Dollar die Märkte verzerrt und die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher bedroht habe. Kritiker wie Isaac und Steve Milloy, Senior Fellow am Energy & Environment Legal Institute argumentieren, dass diese Produktionsveränderungen die durch die Politik der Biden-Ära verursachte Marktverzerrung deutlich gemacht hätten.

„Das Problem von GM ist, dass es der Regierung erlaubt hat zu entscheiden, was die Verbraucher fahren sollen. Zuerst forderte die Regierung gedankenlos immer höhere Kraftstoffeffizienz. Dann schrieb sie noch teurere und weniger praktische Elektrofahrzeuge vor. Die Verbraucher wollten beides nicht“, sagte Milloy gegenüber der DCNF. „Die Verbraucher konnten zwar gezwungen werden, mehr für die von ihnen gewünschten SUVs zu bezahlen, aber die Regierung konnte sie nicht dazu zwingen, Elektroautos zu kaufen, die sie nicht wollten. Präsident Trump hat die etwa 50-jährige Tradition der Autoindustrie, sich der Regierung zu unterwerfen, völlig auf den Kopf gestellt. Die GM-Aktionäre zahlen nun (erneut) für die Torheit der von der Regierung vorgeschriebenen Autos.“

GM reagierte nicht auf die Bitte der DCNF um eine Stellungnahme.

Link:

<https://climaterealism.com/2025/10/automakers-slowing-ev-production-after-bidens-freebies-bite-dust/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE